

Europäische Werte (I) 11.01.2016

BERLIN/WARSCHAU (Eigener Bericht) - Hochrangige deutsche Politiker fordern Strafmaßnahmen gegen Polen. Mit ihrem Vorgehen gegen das Verfassungsgericht sowie mit ihrem neuen Mediengesetz verstoße die polnische Regierung "gegen die europäischen Werte", erklärt der Vorsitzende der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Volker Kauder. Die EU-Staaten müssten nun "den Mut zu Sanktionen haben". Zuvor hatte bereits EU-Kommissar Günther Oettinger gefordert, Polen "unter Aufsicht" zu stellen. Während das neue Mediengesetz mit der formellen Unterwerfung der öffentlich-rechtlichen Medien unter die direkte Kontrolle der Regierung tatsächlich eine neue Qualität erreicht, knüpft es an Formen staatlicher Einflussnahme auf die Medien an, die in der EU weit verbreitet sind. Nicht nur Ungarn hat schon vor Jahren ein Mediengesetz in Kraft gesetzt, das deutliche Parallelen zu dem neuen polnischen Gesetz aufweist. Ähnliche Praktiken wurden unter Präsident Sarkozy auch in Frankreich geübt; die Pariser Staatsspitze hat bis heute nennenswerten Einfluss auf die öffentlich-rechtlichen Medien. Vor allem aber in Deutschland, das sich jetzt anmaßt, Polen zu maßregeln, wird immer wieder scharfe Kritik an der Einflussnahme des Staates und der Regierungsparteien auf die öffentlich-rechtlichen Medien laut.

Das neue Mediengesetz

Mehrere zehntausend Menschen haben am Wochenende in Polen gegen das neue Mediengesetz protestiert. Das Gesetz ist Ende Dezember vom polnischen Parlament beschlossen und am vergangenen Donnerstag mit der Unterschrift von Präsident Andrzej Duda in Kraft gesetzt worden. Mit ihm ist der Rundfunkrat KRRiT weitgehend entmachtet worden. Die Regierung kann nun Leitungspositionen in den öffentlich-rechtlichen Medien frei besetzen und hat damit am Freitag begonnen: Mit Jacek Kurski hat sie einen Mann zum Intendanten des öffentlich-rechtlichen Fernsehsenders TVP ernannt, der im Jahr 2005 den Präsidentschaftswahlkampf von Lech Kaczyński organisierte, dem Bruder des Vorsitzenden der heutigen Regierungspartei PiS (Prawo i Sprawiedliwość), Jarosław Kaczyński. Kurski bezeichnete sich damals als "Kaczyńskis Bullterrier".[1] Weitere Maßnahmen sind bereits geplant. So sollen sämtliche Mitarbeiter des öffentlich-rechtlichen Rundfunks und alle Mitarbeiter der staatlichen Nachrichtenagentur PAP entlassen und nur diejenigen wieder angestellt werden, die sich den neuen Richtlinien unterordnen. Diese sehen vor, dass die Medien "nationale Traditionen sowie patriotische und humanistische Werte zu pflegen" haben.[2]

De facto unterworfen

Unbeschadet der Tatsache, dass die komplette Unterordnung der öffentlich-rechtlichen Medien Polens unter Regierungskontrolle eine neue Qualität staatlichen Vorgehens gegen die Pressefreiheit darstellt, kann sie an Formen staatlicher Einflussnahme auf die Medien anknüpfen, die in der EU weit verbreitet sind - nicht nur in östlichen, sondern auch in westlichen Mitgliedstaaten, nicht zuletzt in Deutschland. Auch für Polen selbst ist massive Einflussnahme der Regierung auf die öffentlich-rechtlichen Medien nicht neu. Wie Journalisten einräumen, ist der Vorwurf, auch die Regierung der Platforma Obywatelska (PO, "Bürgerplattform") unter dem heutigen EU-Ratspräsidenten Donald Tusk habe sich "in ihren acht Regierungsjahren die öffentlichen Medien de facto unterworfen, ... nicht ganz falsch".[3] Die Mitglieder des "bisher alles entscheidenden Rundfunkrats", des KRRiT, seien "schon immer von Parlament und Präsident eingesetzt worden". Unter Tusk, seiner Nachfolgerin Ewa Kopacz und dem parallel amtierenden Staatspräsidenten Bronisław Komorowski (PO) habe dies "unweigerlich dazu geführt, dass der Rat mit seinem entscheidenden Einfluss auf das mediale Führungspersonal gegenwärtig klar 'liberal' geprägt ist". Entsprechend hätten Nationalkonservative aus dem Umfeld der neuen Regierungspartei "bei TVP und Polskie Radio ... heute tatsächlich wenig Freunde". In ähnlicher Weise hätten die PO und die mit ihr koalierende Bauernpartei PSL "überall im Land ein System der Vetternwirtschaft" installiert, urteilt ein Mitarbeiter des Warschauer Think-Tanks Polityka Insight.[4]

Regierungskontrolliertes Sprachrohr

Für heftige Auseinandersetzungen gesorgt hat vor Jahren das ungarische Mediengesetz, das zum 1. Januar 2011 in Kraft getreten ist. Es unterwarf die öffentlich-rechtlichen Medien einem rigiden Regime der Aufsichtsbehörde NMHH (Nemzeti Média- és Hírközlési Hatóság, Staatliche Behörde für Medien und Nachrichtenübermittlung). Öffentlich-rechtlicher Rundfunk und Fernsehen sowie die Nachrichtenagentur MTI werden seither von der NMHH auf angeblich "ausgewogene Berichterstattung" und auf ihre Orientierung an der "Stärkung der nationalen Identität" überprüft. Die Behörde untersteht seit ihrer Gründung Personen, die loyal gegenüber der Regierungspartei Fidesz von Viktor Orbán sind. Nach Inkrafttreten des Mediengesetzes verloren gut ein Drittel der 3.400 bei öffentlich-rechtlichen Medien Angestellten ihre Arbeitsstelle. "Sämtliche Entscheidungen über Inhalte werden oben getroffen", wird ein Redakteur des Senders Duna TV zitiert: "Eigene Ideen, eigene Kreativität sind nicht mehr erwünscht." Ein bekannter investigativer Journalist bezeichnet die öffentlich-rechtlichen Medien heute als ein "von der Regierung kontrolliertes Sprachrohr".[5] Mittlerweile werden auch private Medien unter Druck gesetzt - über Werbeeinnahmen: "Während regierungsfreundliche Blätter voll von Anzeigen vom Staat oder von Staatsunternehmen sind", könnten unabhängige Medien kaum noch bezahlte Werbung akquirieren, heißt es bei der unabhängigen Wochenzeitung "168 óra".[6] Dieser Mechanismus ist auch in Deutschland nicht unbekannt.

Im Dienste mächtiger Interessengruppen

Während Polen im vergangenen Jahr auf der "Rangliste der Pressefreiheit", die "Reporter ohne Grenzen" regelmäßig publiziert, noch auf Rang 18 lag - mit einem Negativ-Punktwert von 12,71 nur knapp hinter Deutschland (11,47 Punkte, Rang 12), befand sich das EU-Mitglied Ungarn auf Rang 65 - deutlich hinter Ländern wie Niger (Rang 47), Mauretanien (Rang 55) und Papua-Neuguinea (Rang 56), die in Europa nicht unbedingt als Hort einer liberalen Medienpolitik gelten. Noch hinter Ungarn rangiert nicht nur das EU-Protectorat Kosovo (Rang 87), sondern auch Italien (Rang 73), Griechenland (Rang 91) und Bulgarien (Rang 106, knapp hinter Guinea auf Rang 102). Über die Lage in Italien heißt es bei "Reporter ohne Grenzen", zwar könnten Journalisten, seit Silvio Berlusconi mit seinem machtvollen Einfluss auf den Staatssender RAI und mit seinem Konzern Mediaset mehr oder weniger "von der politischen Bühne verschwunden" sei, wieder (!) "zunehmend kritisch über Politik berichten". Dennoch sähen sich viele von ihnen "nach wie vor im Dienste mächtiger Interessensgruppen aus Gesellschaft, Politik und Wirtschaft". Geringe Honorare machten kritische, "aufwändig recherchierte Berichte so gut wie unmöglich".[7] Über Mediaset sowie seinen Einfluss auf RAI hatte Berlusconi in der Hochphase seiner Macht bis zu 90 Prozent des Fernsehmarktes in Italien dominiert.

Senderchefs gefügig gemacht

Lediglich auf Rang 38 liegt auf der Rangliste von "Reporter ohne Grenzen" Frankreich. Dort hatte im Jahr 2009 Staatspräsident Nicolas Sarkozy ein Mediengesetz verabschiedet, das die Aufsichtsbehörde CSA (Conseil supérieur de l'audiovisuel), wie es in einem aktuellen Bericht heißt, "entmachtete und die öffentlichen Fernsehsender zurück in direkte finanzielle Abhängigkeit vom Staat trieb". Sarkozy habe dann im Verlauf seiner Amtszeit "das neue Recht aus(ge)kostet", die Senderchefs bei Fernsehen und Radio in Eigenregie zu ernennen und abzusetzen"; er habe sich "gern" gerühmt, "als oberster Chefredakteur die staatlichen TV- und Radioprogramme zu bestimmen".[8] So habe er etwa einen Freund an die Spitze des Radiosenders France Inter gestellt, was zwar "zu Protesten" geführt, "aber letztlich die Senderchefs gefügig" gemacht habe. Seit einer Revision des Mediengesetzes unter Staatspräsident François Hollande werden die Senderchefs zwar wieder vom CSA ausgewählt. Dessen Vorsitzender allerdings wird vom Staatspräsidenten ernannt, weshalb das Gremium, wie es heißt, "weiterhin vom Segen aus dem Elysée-Palast abhängt". Außerdem werden die übrigen Mitglieder des CSA von den Präsidenten der Nationalversammlung und des Senats nominiert: "Die Möglichkeiten für politische Einflussnahme bleiben groß."[9]

Deutsche Anmaßung

Gravierende Klagen über politische Einflussnahme auf die öffentlich-rechtlichen Medien werden ganz besonders auch in Deutschland, laut, dessen Politiker sich dennoch anmaßen, jetzt Sanktionen gegen Polen zu fordern. german-foreign-policy.com berichtet am morgigen Dienstag.

[1] Konrad Schuller: Neuer Fernsehchef in Polen ernannt. Frankfurter Allgemeine Zeitung

09.01.2016.

[2] Konrad Schuller: Polen könnte sämtlichen Rundfunkmitarbeitern kündigen. Frankfurter Allgemeine Zeitung 08.01.2016.

[3] Konrad Schuller: Mit System. Frankfurter Allgemeine Zeitung 07.01.2016.

[4] Florian Kellermann: Spitzenbeamte sollen von der Regierung bestimmt werden. www.deutschlandfunk.de 30.12.2015.

[5], [6] Keno Verseck, Claus Hecking: Was wurde eigentlich aus Ungarns Mediengesetz? www.spiegel.de 18.10.2014.

[7] Italien. www.reporter-ohne-grenzen.de.

[8], [9] Michaela Wiegel: Einflussnahme mit Tradition. Frankfurter Allgemeine Zeitung 05.01.2016.

Copyright © 2005 Informationen zur Deutschen Außenpolitik

info@german-foreign-policy.com